



**Das Abkommen zwischen China und der Islamischen Republik Iran über  
Zusammenarbeit in den kommenden 25 Jahren sowie ähnlich  
gelagerte Vereinbarungen besitzen aus der Sicht der  
iranischen Bevölkerung keine Gültigkeit.**

Die Islamische Republik Iran ist offensichtlich bereit, zu ihrer eigenen Rettung aus der selbstverschuldeten politischen und wirtschaftlichen Misere jedes denkbare Mittel zu ergreifen. Beispiele hierfür sind die Überlassung großer Teile des Kaspischen Meeres an Russland und die Erteilung von Fischereirechten in den Gewässern des Persischen Golfs an die chinesischen Fischer. Der zuletzt genannte Fall hatte nicht nur Massenarbeitslosigkeit unter den iranischen Fischern zur Folge, sondern würde vom Standpunkt des Umweltschutzes in Zukunft auch zur Ausrottung der Meerestiere in diesen Gewässern führen. Mit dieser Maßnahme versuchte die Islamische Republik die Unterstützung Chinas auf dem internationalen Parkett zu erreichen.

Bisher haben die Machthaber der Islamischen Republik den Text derartiger Verträge erst nach der Paraphierung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht oder gänzlich davon abgesehen, die iranische Bevölkerung darüber zu informieren. Das Abkommen zwischen China und der Islamischen Republik Iran über die Zusammenarbeit in den kommenden 25 Jahren – im Folgenden *Das Abkommen 25* genannt – kam bereits 2016 im beiderseitigen Einvernehmen zwischen Xi Jinping, dem Staatspräsidenten der Volksrepublik China, und Ali Khamenei, dem Obersten Führer der Islamischen Republik Iran, zustande. Der Text des Abkommens wurde aber erst nach öffentlichen Protestaktionen und nachdem einige Passagen davon auf Umwegen nach außen durchgesickert waren, veröffentlicht.

Das Abkommen 25 wird zu einem Zeitpunkt abgeschlossen, in dem die Islamische Republik aufgrund ihrer antiwestlichen Grundhaltung und der von den USA verhängten Wirtschaftssanktionen keinerlei Handlungsmöglichkeiten hat und ergo nicht auf gleicher Augenhöhe mit China zu verhandeln imstande ist.

Das Abkommen 25 sieht beiderseitige Kooperationen auf den Gebieten des Handels, der Sicherheitspolitik, der Terrorismusbekämpfung und des Tourismus vor. Ferner sind darin gegenseitige Unterstützung in den internationalen Organisationen sowie militärische

Zusammenarbeit verankert. In diesem Abkommen ist auch die Rede von vorgesehenen Erleichterungen für Investitionen im Iran durch chinesische Investoren. (Pressemitteilungen zufolge werden China Preisnachlässe bis zu 32% für Erdöl und Erdgas sowie für petrochemische Produkte eingeräumt.) Des Weiteren erteilt das Abkommen 25 China weitreichende Vollmachten hinsichtlich wirtschaftlicher Aktivitäten im Iran. Es ist abzusehen, dass China dadurch bald in der Lage sein wird, alle Zweige der iranischen Wirtschaft unter seine Kontrolle zu bringen.

Mit Inkrafttreten des Abkommens 25 wird die Islamische Republik verpflichtet sein, für die Dauer von 25 Jahren den Bedarf Chinas an Rohöl weitestgehend zu decken. Im Gegenzug wird China der Islamischen Republik gestatten, mit ihren Einnahmen aus dem Rohölexport nach Gutdünken zu verfahren, vorausgesetzt die Interessen Chinas werden dabei nicht außer Acht gelassen. Im Worst-Case-Szenario muss der Iran 25 Jahre lang Rohöl nach China exportieren, während es China freigestellt ist, die Erstattung des Erdölpreises nach Belieben aufzuschieben oder als Gegenleistung chinesische Produkte in den Iran zu exportieren. Dies könnte selbstredend der iranischen Industrie und ihren Produkten großen Schaden zufügen.

In einer der Schlüsselpassagen des Abkommens 25 ist eine weitestgehende Beteiligung Chinas am Ausbau der iranischen Infrastruktur vorgesehen. Das ist genau im Sinne der geopolitischen Projekte Chinas, bekannt als „Ring-Verkehrsstraße“ (OBOR). China beabsichtigt, die billigen iranischen Arbeitskräfte bei der Errichtung von Produktionsstätten einzusetzen, deren Finanzierung, Konzeption und Oberaufsicht ausschließlich den großen chinesischen Konzernen vorbehalten sind. Ferner ist vorgesehen, dass diese Produktionsstätten nach dem chinesischen Muster produzieren und ihre Produkte auf Transportwegen, deren Budget und Management wiederum in chinesischer Hand sind, in die westlichen Länder exportieren.

Das Abkommen 25 ermuntert China, in die iranische Erdöl- und Erdgasindustrie zu investieren. China war schon in früheren Jahren auf einigen iranischen Erdölfeldern tätig. Nach der Verhängung von Wirtschaftssanktionen von den USA ließ es aber die halbfertigen Projekte liegen und setzte den Iran unter Druck, sich fortan um sie zu kümmern. Gemäß diesem Abkommen ist China nicht verpflichtet, im iranischen Erdölsektor zu investieren; es ist ihm aber freigestellt, sich jederzeit an der iranischen Erdöl- und Erdgasindustrie zu beteiligen. In einem solchen Fall muss allerdings die Islamische Republik China Sonderkonditionen einräumen.

Das Abkommen 25 sieht umfassende Vollmachten für China im Bereich des Bauwesens vor, beispielsweise beim Ausbau des Eisenbahnnetzes der Ost-West-Linie oder der sogenannten

„Pilgerbahn“, die Pakistan via Iran mit Irak und Syrien verbindet. Ebenso kann sich China an der Schienenverlegung für andere Eisenbahnlinien sowie am Bau von Autobahnen im Iran beteiligen. Ferner ist verabredet, dass China den Ausbau der Küstengebiete in der Region Mokran sowie in den Provinzen Sistan und Belutschistan übernimmt. Auch der Ausbau der Küstengebiete am Golf von Oman (Irans einziger Zugang zum Ozean) wird China überlassen. Es wird China auch erlaubt, sich am Ausbau der Küstengebiete von Jask und an der Errichtung von Industriegebieten zu beteiligen, an der Weiterentwicklung von Erdölraffinerien und deren petrochemischer Industrie mitzuwirken und in der iranischen Stahl- und Aluminiumindustrie sowie in den touristischen Zentren und iranischen Häfen in der Region Mokran präsent zu sein.

Augenblicklich ist die Welt Augenzeuge, wie die Demokratie in Hongkong abgeschafft und durch die Diktatur der Kommunistischen Partei Chinas ersetzt wird. Viele entwickelte Länder lehnen es ab, chinesische Privatunternehmen wie beispielsweise Huawei am Ausbau ihrer Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Internetdiensten zu beteiligen, da sie befürchten, dass die Unternehmen die chinesische Regierung über die Privatsphäre ihrer Staatsbürger informieren würden. Die Islamische Republik hingegen legt den Ausbau ihres 5G-Netzes und sonstiger Internetdienste wie Suchmaschinen, Short Message Service, GPS, mobile Funkübertragung und E-Mail-Kommunikationssysteme gänzlich in Chinas Hand. Das Ziel, das die Islamische Republik dabei verfolgt, ist, die eigene Bevölkerung umfassend nach dem chinesischen Muster überwachen zu können.

Die bisherige Vorgehensweise chinesischer Fischer in den Gewässern des Persischen Golfs lässt befürchten, dass die natürlichen Reichtümer Irans in dieser Region sehr bald aufgebraucht sein werden. Diejenigen, die mit den Modalitäten der Finanzhilfen seitens Chinas vertraut sind, weisen auf die chinesischen Investitionen in den Häfen von Myanmar, Bangladesch, Sri Lanka, Malediven und Pakistan hin und warnen andere Länder vor ähnlicher Vorgehensweise der Chinesen. Die von China mit hohen Verzinsungen gewährten Kredite haben dazu geführt, dass die Schulden der betroffenen Länder enorm gestiegen sind. Zur Begleichung ihrer Schulden müssen diese Länder entweder die Weltbank oder den Internationalen Währungsfond um Rettungspakete ersuchen oder gezwungenermaßen mit China Sonderverträge abschließen, die *Schuldenabbau durch Aktien* vorsehen. Dies ist der Grund dafür, weshalb die afrikanischen Länder, die bisher wirtschaftliche Beziehungen mit China eingegangen sind, die Chinesen mit Heuschrecken vergleichen, die die Ernte wegfressen und nur verbrannte Erde zurücklassen.

Eine der Hauptnachrichtenagenturen für den iranischen Erdöl- und Energiesektor berichtet, dass neulich ein weiterer Artikel in das Abkommen 25 aufgenommen worden sei, der

möglicherweise das gesamte geopolitische Machtgleichgewicht im Mittleren Osten stören würde. Dieser Quelle zufolge hat sich der Revolutionsführer Ali Khamenei mit der Erweiterung des Abkommens 25 durch einen zusätzlichen Artikel einverstanden erklärt. Der besagte Artikel betrifft die enge militärische Kooperation zwischen China und der Islamischen Republik im Bereich der Luft- und Seefahrt, wobei Russland auch eine Schlüsselrolle zukommt. Der Vorschlag geht auf die Initiative eines hochrangigen Offiziers der Armee der Revolutionswächter sowie eines der Sicherheitsorgane zurück.

Der genannten Informationsquelle zufolge wird in der zweiten Woche des Monats August eine Gesprächsrunde abgehalten, an der eine iranische, eine chinesische und eine russische Delegation mit am Tisch sitzen werden, um die technischen Details des Vorschlags zu erörtern. Sollte alles planmäßig vonstatten gehen, werden ab 9. November dieses Jahres die chinesischen und die russischen Jagdbomber sowie ihre Kampf- und Logistikflugzeuge uneingeschränkten Zugang zu den iranischen Luftstützpunkten haben. Ebenso werden die chinesischen und die russischen Kriegsschiffe die dualen Einrichtungen benutzen dürfen, die vor Kurzem von den chinesischen Bauunternehmen in den wichtigen iranischen Seehäfen Tschahbahar, Bandar Buschehr und Bandar Abbas errichtet wurden. Es heißt, dass die Chinesen und die Russen bereits dabei sind, ihre elektronischen Kriegsausrüstungen dort zu etablieren, die aus schnellen Warnsystemen, Störsendern und Radaranlagen bestehen.

Das Inkrafttreten des Abkommens 25 wird alle Errungenschaften, die der Iran in seinem 150jährigen antikolonialistischen Kampf erreicht hat, zunichte machen, mehr noch, das Land einem noch rücksichtsloseren Kolonialismus als bisher zuführen. Es wird auch die Parole *Weder Ost noch West*, die die islamische Republik zu Beginn ihrer Machtergreifung zum Besten gab, ad absurdum führen. Anders ausgedrückt, der Iran wird zu einem chinesischen Protektorat, zu einer chinesischen Kolonie. Das Vorgehen der Machthaber der Islamischen Republik kommt einem Ausverkauf Irans und einem Verrat des iranischen Volkes gleich.

Die Angelegenheit ist dermaßen fatal und folgenschwer, dass sich sogar Mahmoud Ahmadinejad, der frühere iranische Staatspräsident, und Hessameddin Ashna, der Stellvertreter des jetzigen Staatspräsidenten, kritisch darüber geäußert haben. Auch die Tageszeitung *Islamische Republik* hat das Vorgehen der Regierung als heikel bezeichnet. Javad Zarif, der amtierende Außenminister der Islamischen Republik, hat jedwede Verantwortung von sich gewiesen und verkündet: „Die Außenpolitik des Landes obliegt einzig und allein dem Obersten Revolutionsführer.“

Seitdem sich das Parlament der Islamischen Republik hat zu einem Befehlsempfänger degradieren lassen, gibt es kein Kontrollorgan mehr in Land und Ali Khamenei hat alle Macht in seiner Hand konzentriert. Gemäß der Verfassung der Islamischen Republik liegt die Entscheidung über das Abkommen 25 beim Parlament. Bereits vor fünf Jahren bezeichnete Ali Khamenei das geplante Abkommen 25 als „richtig und weise“. Demzufolge bleibt dem Parlament der Islamischen Republik als Befehlsempfänger nichts anderes übrig, als es zu ratifizieren.

Die Machthaber der Islamischen Republik betrachten den Iran als ihr uneingeschränktes Privateigentum, die Bevölkerung als politisch unmündig und sich selbst als Vormund. Sie sind bereit, das Land als Ganzes in die Hand einer kolonialistischen Macht zu legen, um weiterhin an der Macht zu bleiben. Sie übersehen jedoch, dass sie dadurch die Misere des Landes und ihre eigene Ausweglosigkeit noch verschlimmern.

Die Iran National Front- Organizations Abroad (INF-OA) warnt China, aber auch die anderen Länder, die an dem Zustandekommen des Abkommens 25 beteiligt sind, dass die iranische Bevölkerung dieses Abkommen niemals anerkennen und akzeptieren wird. Indem sie sich im Februar vergangenen Jahres weigerte, an den Wahlen teilzunehmen, demonstrierte sie, dass sie die Islamische Republik nicht als ihre legitime Repräsentantin anerkennt. Das Abkommen 25 sowie der Vertrag über die Teilung des Kaspischen Meeres und die Erteilung von Fischereirechten in den Gewässern des Persischen Golfs, die ohne Konsultation mit dem iranischen Volk abgeschlossen wurden, entbehren jedweder Gültigkeit.

11. Juli 2020

### **Iran National Front - Organizations Abroad e.V. (INF-OA)**

-----

Contact Europe: Dr. Homayoun Mehmanche, Tel.: 00498974029525, Germany

Contact Europe: Mr. Bahman Mobasheri, Tel.: 0049727292389, Germany

Contact USA: Mr. Kambiz Ghaemmagham, Tel.: 0016264822213, CA, USA

E-mail Address: info@iranazad.info

Internet: www.iranazad.info

Address: Iran National Front – Organizations Abroad (INF-OA); P.O. Box 136, Audubon Station, New York City, N. Y. 10032, USA